

18. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der Fraktion der CDU

### **Einführung von Kreisverkehren an Kreuzungen und Straßenschnittpunkten**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, bei der Neuanlage oder Umgestaltung von Kreuzungen sowie bei bestehenden Straßenschnittpunkten konkret zu prüfen, ob die Anlage eines Kreisverkehrsplatzes möglich ist. Gegebenenfalls sind entsprechende Kreisverkehre zu errichten. Im Vorfeld ist eine Untersuchung durchzuführen, deren Ziel es ist, festzustellen, an welchen Straßenschnittpunkten Kreisverkehre dem Verkehrsfluss und der Verkehrssicherheit zuträglich sind. Die Durchführung von Pilotprojekten mit dazugehörigen Begleitstudien ist anzustreben.

---

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. April 2018 zu berichten.

#### ***Begründung:***

Kreisverkehre können eine bessere Verkehrslösung darstellen als Kreuzungen mit einer Verkehrsregelung durch eine Lichtsignalanlage. In Kreisverkehren verringern Kraftfahrer in aller Regel ihre Geschwindigkeit sehr deutlich, so dass einerseits weniger Unfälle erfolgen und andererseits Unfallschäden deutlich reduziert werden, Unfälle mit Personenschaden werden sogar dramatisch reduziert.

Kreisverkehrsplätze weisen einen guten Verkehrsablauf bei hohen Kapazitäten auf. Verglichen mit Kreuzungen, die durch eine Lichtsignalanlage geregelt sind, weisen Kreisverkehrsplätze eine kostengünstigere Erstellung und deutlich geringere Folgekosten auf.

Gerade bei der Neuanlage von Kreuzungen, aber auch bei bestehenden Straßenschnittpunkten oder der beispielsweise sanierungsbedingten Umgestaltung von vorhandenen Kreuzungen sollte daher ein Augenmerk darauf gerichtet werden, ob an den betreffenden Stellen ein Kreisverkehrsplatz dem Verkehrsaufkommen und der Verkehrssicherheit förderlich ist und als Alternative zu einer Regelung mittels einer Lichtsignalanlage immer mitgedacht wird. Andere europäische Städte gehen diesen Weg bereits erfolgreich.

Im Rahmen von Voruntersuchungen können geeignete Schnittpunkte bereits identifiziert werden und Vor- und Nachteile im Rahmen von Pilotprojekten berlinspezifisch untersucht werden.

Berlin, 25. Januar 2018

Graf Friederici Standfuß  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU